

Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

*Öffentliche Sitzung St. Pölten, Bildungshaus St. Hippolyt
28.04.2015, 13:00 bis 17:00 Uhr*

Vorsitz: Marianne **Schulze**

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Marianne **Schulze**
Martin **Ladstätter**
Christina **Wurzinger**

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Gunther **Trübswasser**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Magdalena **Kern**

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Ursula **Naue**

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Bernadette **Feuerstein**
Johanna **Mang** (Schriftführerin)
Wolfgang **Nowak**
Silvia **Weissenberg**

Büro: Waltraud **Palank-Ennsmann**
Wolfgang **Iser**

GebärdensprachdolmetscherInnen:

Markus **Schmid**
Sabine **Zeller**

Schriftzeile:

Peter **Abel**
Yvonne **Lenzen** (zugeschaltet)

Zeichenprotokoll:

Petra **Plicka**

Resümeeprotokoll

Begrüßung, grober Ablauf, Vorstellungsrunde

Die Vorsitzende, Marianne Schulze, begrüßt alle Anwesenden zu der heutigen 70. Sitzung des Monitoring-Ausschusses, die öffentlich ist. Es ist dies die 12. Öffentliche Sitzung. Die anwesenden Mitglieder des Monitoring-Ausschusses und des Büros stellen sich vor.

Marianne Schulze erläutert den Ablauf der Öffentlichen Sitzung mit dem Schwerpunkt De-Institutionalisierung – Selbstbestimmt Leben in der Gemeinschaft.

Beschlussfassungen

Die **Tagesordnung** wird angenommen.

Das **Protokoll der 69. Sitzung** vom 24. März 2015 wird genehmigt.

Stellungnahme „Umfassende Partizipation“: In der 11. Öffentlichen Sitzung im Oktober 2014 gab es dazu eine sehr rege Diskussion und viel guten Input von den TeilnehmerInnen. Marianne Schulze stellt die Eckpunkte der Stellungnahme vor. Die Stellungnahme wird einstimmig beschlossen.

Vorstellung der Diskussionsgrundlage in Leichter Sprache

Marianne Schulze leitet ein, dass ‚Selbstbestimmt Leben‘ ein sehr wichtiges Thema ist, Menschen haben ein Recht auf ‚Selbstbestimmtes Leben‘. Die Diskussionsgrundlage liegt auch in leichter Sprache vor. Petra Plicka stellt die Diskussionsgrundlage zusammenfassend und in Zeichnungen vor. Die Diskussionsgrundlage und die Zeichnungen werden gemeinsam mit dem Protokoll veröffentlicht.

In der Diskussionsgrundlage gibt es folgende Themenblöcke, die diskutiert werden sollen:

1. Was bedeutet „Leben in der Gemeinschaft“?
2. Das Recht auf ein „Zuhause“ nach den eigenen Vorstellungen.
3. Werden die Wünsche der Einzelpersonen verwirklicht, oder werden die Charakteristika einer Institution im kleinen Rahmen abgebildet?
4. Welche Schwierigkeiten, insbesondere in der Reaktion Dritter, gibt es im Übergang?
5. Welche Maßnahmen müssen im Sinne der Bewusstseinsbildung (Artikel 8) gesetzt werden, um den De-Institutionalisierungs-Prozess zu unterstützen?
6. Personalisierte Dienstleistungen, die Selbstbestimmtes Leben verwirklichen helfen.
7. Ich entscheide, wer mir assistiert, und wann und wie ich unterstützt werde.
8. Welche guten Beispiele für Selbstbestimmt Leben, insbesondere Wohngemeinschaften, gibt es?
9. Wie kann die Kompetenz von MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen weiter genutzt werden?

Diskussion

Günther Leitner, Selbstvertretungszentrum (SVZ): Meine Stellungnahme wurde gemeinsam mit anderen SelbstvertreterInnen erstellt und mit den AssistentInnen Kim und Susi. Menschen mit und ohne Behinderungen sollen zusammen wohnen und leben. Ich bin jetzt an der Uni. Dort habe ich mit meiner Unterstützerin erarbeitet, was selbstbestimmt leben bedeutet, und das bedeutet leben und wohnen, wie und wo ich will. Wir wollen Arbeit haben, normale Arbeit, wie alle anderen Nicht-Behinderten, ebenso einen Lohn. Ich bin nicht mehr bei Jugend am Werk, weil ich Büroarbeit gelernt habe. Wir brauchen eine Inklusive Schule und Kindergarten; und danach Möglichkeiten, um gemeinsam zu arbeiten. Wir brauchen politische Bildung und Weiterbildung. Mein Wunsch ist, Trainer bei einem Fußballverein zu sein. Jeder Mensch hat das Recht auf eine Familie. Ich selber habe eine Familie. Es ist wichtig

Familie und Heimat zu haben – und keine Angst, dass mir das weggenommen wird. Auch Menschen mit Behinderungen haben Gefühle.

Maria Schwarr, SVZ: Wie kann es mehr Gleichberechtigung in der Gemeinschaft geben? Es braucht Zentren, wo wir gemeinsam aufwachsen, im Kindergarten, in der Schule; es braucht mehr Begegnungsorte, wo wir uns alle treffen können: Schule, Arbeit und Freizeit; weiters auch gemeinsame Berichte in Fernsehen und Radio.

Oswald Föllerer, SVZ und Vienna People First: Wir haben Ideen gewälzt, wie man Vorurteile und Ängste abbauen kann. Es braucht Begegnungsbotschafter. Deren Aufgabe soll es sein, Räume zu finden, in denen sich Menschen treffen und begegnen können. Kinderanimation an Urlaubsorten für Familien gibt es derzeit – aber für Kinder mit Behinderungen ‚nur nach Bedarf‘. Es muss sichergestellt werden, dass Kinder mit Behinderungen da automatisch mitmachen können.

Harald Ellbogen, Lebenshilfe: Ich habe mir die Gedenksendung zu 70 Jahre Österreich angesehen. Wie viele Kinder wurden gezeugt zwischen Soldaten und Frauen aus der Bevölkerung? Wie viele davon sind in Heimen aufgewachsen? Das ist ein wichtiger Teil der Geschichte.

Martin Winter, Leben ohne Krankenhaus (LoK): Ich hab selbst in einer Wohngemeinschaft gelebt. Ich hatte Angst. Oft musste ich trotz starker Medikamente arbeiten gehen. Viel hat sich geändert.

Christina Hendl: Im Waldviertel ist es immer noch schwierig, in der normalen Arbeitswelt Fuß zu fassen. Es ist sehr wichtig für das Selbstbewusstsein von Menschen mit Behinderungen, eingebunden zu sein und nicht herauszustecken. In Tagesstätten bekommt man 70 Euro im Monat; wichtig wäre ein Mindestlohn, sodass wir uns selbstständig und selbstbewusst bewegen können.

Johann Stadler, atempo: Wichtig ist, selbstständig wohnen zu können, einkaufen zu gehen. Da muss mehr gemacht werden. Meine Betreuer haben mich immer sehr unterstützt. Ich wohne nun in einer eigenen Wohnung. Wenn man Unterstützung bekommt, schafft man das. Es ist ganz wichtig, Dinge auszuprobieren.

Bettina Platzer, atempo: Ich habe auch in einem Heim gelebt und wohne nun schon länger teilzeitbetreut. Ich mache meine Freizeit alleine, weil ich leider zu wenig Assistenz bekomme. Aber die Leute nehmen mich so, wie ich bin.

Petra Derler, LoK: Ich habe zwei Psychosen erlebt. Wenn Menschen sich in einer psychischen Krise befinden, gibt es derzeit nur die Möglichkeit, dass man in der Psychiatrie Unterstützung bekommt. Wünschenswert wären Alternativen dazu. In Deutschland gibt es ein „Weglauf-Haus“, wo man geschützt und unterstützt wird, aber zu nichts gezwungen wird. Es ist wichtig, in der Krise so eine Unterstützung zu bekommen. Oder auch ein mobiles Team nach Hause zu bekommen, sodass man in der gewohnten Umgebung betreut wird. Dann wäre es leichter, in seinem eigenen Lebensumfeld weiter zu leben. Einfacher als in der Psychiatrie, wo alles neu ist, und man mit Menschen zusammen ist, die alle auch Psychosen haben. Man braucht viel Ruhe, es ist eine zu große Umstellung, mitten in der Krise. Menschen kommen nach Psychosen oftmals in eine Wohngemeinschaft. Es ist besser, früher anzusetzen und richtige Hilfe zu bekommen, dass man nicht so viel durchleben muss.

Josef Schlenkert, promente Wien: Es ist wichtig, ernst genommen zu werden. Ich erlebe in Gesprächen immer wieder, dass Menschen mit Behinderungen nicht ernst genommen werden. Angehörige meinen zu wissen, was besser ist. Menschen in Institutionen lernen Hilfslosigkeit. Wichtig ist es, Menschen zu sensibilisieren, dass

sie den Mut aufbringen, sich selbst einzubringen, sich mehr zuzutrauen. Diese schlummernden Fähigkeiten braucht es. Wir müssen weg vom Defizitdenken. Ich habe einen Artikel gelesen, dass immer mehr Jugendliche in psychiatrische Behandlung kommen, weil Eltern nicht mehr unterscheiden können zwischen einer ganz normalen unterschiedlichen Entwicklung und einer psychiatrischen Erkrankung. Diese Entwicklung führt dazu, dass aus immer mehr Menschen Patienten gemacht werden.

Gerhard Lichtenauer, „Daheim statt Heim“: Wichtig ist auch die Vorbeugung vor Institutionalisierung. Politik und Verwaltung zwingen die Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf, in Heimen zu leben. Die Verwaltungspraxis zeigt, dass 10-mal mehr Mittel für Heime da sind als für ambulante Hilfe. ‚Solange sie zu Hause bleiben, sind wir nicht zuständig‘ – d.h. Sozialhilfepraxis erst, wenn jemand dort gelandet ist, wo er gar nicht hinsoll. Wichtigster Ansatzpunkt sind die Gesetze. Es gibt zwar ein Recht auf Pflege und Hilfe, aber kein Recht, wie diese gestaltet werden soll.

Roswitha Schachinger, WAG Assistenzgenossenschaft: Persönliche Assistenz ist die Voraussetzung für De-Institutionalisierung. Hier in NÖ werden gerade Richtlinien überarbeitet, wie man Assistenz bekommt. Derzeit ist die Überarbeitung eine Verschlechterung. Konkret ist geplant, dass ein Kostenbeitrag von 20% von Menschen mit Behinderungen selbst getragen werden muss. Damit würde das ganze Pflegegeld für die Assistenz aufgewendet. Das wäre nur dann ok, wenn man dafür auch 100% der notwendigen Assistenz erhält. Und es ist geplant, das Vermögen der Menschen mit Behinderungen heranzuziehen: das muss zuerst aufgebraucht werden, erst dann bekommt man finanzielle Unterstützung. Persönliche Assistenz beginnt erst bei Pflegestufe 5. Es gibt die Möglichkeit für einen Antrag für Härtefall – das ist schwierig, weil schon wieder ein Antrag gestellt werden muss. Bitte, die Änderungen der Richtlinie zu überdenken.

Karin Holzmann, Selbstbestimmt Leben Initiative (SLI) OÖ: Ich bin Peer-Beraterin. Ich habe zwei Jahre gebraucht, um jemanden aus dem Heim zu bekommen. Eine wesentliche Hürde war, eine barrierefreie Wohnung zu finden. Ich ersuche Politiker nachzudenken, wenn Gesetze gemacht werden – damit es eine Verbesserung wird. Wir haben versucht, Persönliche Assistenz zu bekommen. In OÖ sagt das Gesetz, dass es nur Assistenz gibt, solange es genug finanzielle Mittel dafür gibt. D.h. es gibt ein Gesetz, aber es gibt dann doch keine Umsetzung.

Barbara Schwarz, Landesrätin für Soziales NÖ: Wir sind derzeit in der Erarbeitung der Richtlinie; dies ist ein längerer Prozess. Wichtig ist es uns, einen Unterschied zu machen zwischen denen, die ein gutes Einkommen haben und von diesen mehr Selbstbehalt zu bekommen als von jenen, die kein gutes Einkommen haben. Wir bemühen uns um eine gute Lösung. Ich bedanke mich für die wertvollen Wortmeldungen, diese sind sehr wichtig zu hören.

Bernadette Feuerstein: Assistenz soll einkommens- und vermögensunabhängig sein. Das ist eine Forderung von Selbstbestimmt Leben von Beginn an.

Martin Ladstätter: Gut, dass die Sitzung heute in Niederösterreich stattfindet. Landeshauptmann Pröll bezeichnet Barrierefreiheit als Unding; Landesrätin Schwarz verteidigt hier geplante Verschlechterungen bei der Persönlichen Assistenz. Es ist wichtig, dass NÖ „konventions-fit“ wird.

Gregor Steininger, WAG: Was in NÖ geschieht, ist eine Schande – wir bewegen uns zurück. Gut, dass der Termin mit der Landesrätin stattfinden wird. Erwin Prölls Aussagen zur Barrierefreiheit sind unhaltbar.

Barbara Unger: Ich bin als Peer-Beraterin im psychiatrischen Bereich tätig – die Frage ist: Was heißt es, gesund zu sein? Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist der Ansatz da sehr hoch.¹ Es gibt wohl niemanden, der das erfüllt. Das sollte man hinterfragen, und eine neue Definition wäre wünschenswert.

Jürgen Artner-Rauch, Caritas St. Pölten: Ich bin in der Selbstvertretung tätig. Wenn man tagsüber in der Werkstätte arbeitet, ist man danach oft allein zu Hause. Man darf nicht alleine weggehen, wenn die Eltern es nicht zulassen, es einem nicht zutrauen. Aber ich kann das. Es braucht akustische Ampeln, um sich frei bewegen zu können.

Alfred Luger, Bildungs- und Heimatwerk Niederösterreich (BHW) NÖ: Wir waren bei Lokalausgangsscheinen in NÖ Gemeinden mit. Es braucht viel Basisarbeit – De-Institutionalisierung erfordert viel im Wohnbereich, vor allem Barrierefreiheit. Es braucht mehr Information in der Ausbildung bei Ärzten, Pädagogen etc. Oftmals sind Angebote ohne barrierefreien Zugang, Informationen, die nicht lesbar sind. Es braucht ein besseres Verständnis, sonst erreichen wir die Ziele nicht. Der Monitoring-ausschuss soll das aufzeigen.

Marianne Schulze klärt auf, dass der Monitoringausschuss weitgehend ehrenamtlich und ohne eigenes Budget arbeitet, und trotzdem bereits zahlreiche Stellungnahmen zu diesen Themen abgegeben hat. Die Umsetzung muss durch die Politik erfolgen.

Markus Fritsch, WAG: Partizipation ist in Niederösterreich nicht erwünscht. Sie erfolgt erst, nachdem etwas bereits beschlossen wurde. Mitreden, nachdem die Verschlechterung beschlossen wurde, das ist eine Information und keine Diskussion und sicher keine Partizipation im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Das ist menschenrechtlich inakzeptabel. Es wäre schön, wenn heute auch positive Dinge zu berichten wären.

Bernhard Pall: Ich bin nach einem Autounfall in einer Wohngemeinschaft untergekommen. Ich möchte ohne Angst selbstständig wieder leben lernen. Das ist gut in der Wohngemeinschaft möglich, denn bei der Mutter würde ich wie ein Dreijähriger behandelt, Eltern gehören genauso geschult.

Petra Flieger: Betreffend Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ist es in Österreich immer noch selbstverständlich, dass sie in sogenannten Heim-Sonderschulen untergebracht werden. Österreich ist dafür schon vom UN-Ausschuss kritisiert worden.² Es existiert kein Bewusstsein darüber, dass das Institutionalisierung ist. Es braucht eine Auseinandersetzung, zumindest in Tirol, wie eine gemeinsame inklusive Betreuung gemacht wird. Bedarfsgerechte und Familien entlastende Dienste und Persönliche Assistenz, das braucht es auch für Jugendliche und Kinder.

¹ Vergleiche die Definition von Gesundheit laut der Weltgesundheitsorganisation: „Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen. (“Health is a state of complete physical, mental and social well-being and not merely the absence of disease or infirmity.”)

² Vergleiche die Empfehlungen des UN Fachausschusses:

http://www.sozialministerium.at/site/Soziales/Menschen_mit_Behinderungen/UN_Konvention_ueber_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen/.

Gabriela Obermeir: Psychische Behinderung führt oft zu Institutionalisierung – Spitäler sollten Ambulanzen für Kinder einrichten. Dann wäre auch die Dunkelziffer nicht so hoch.

Alfred Prantl, Interessenvertretung OÖ: Die De-Institutionalisierung voranzutreiben ist sehr wichtig. Ich habe selbst 28 Jahre in einer Einrichtung gelebt. Es war schwierig, den Weg heraus zu wagen. Mit Persönlicher Assistenz und Betreuung habe ich es geschafft. Es ist wichtig, dass Menschen mit Behinderungen politisch tätig werden und sich einbringen können. Und keine Pseudo-Partizipation.

Petra Plicka fasst in Leichter Sprache und mit Zeichnungen die bisherigen Wortmeldungen zusammen.

Pause

Fortsetzung der Diskussion

Marianne Schulze liest aus einer schriftlichen Stellungnahme von „Mensch Zuerst Vorarlberg“ vor. „Für viele Menschen ohne Lernschwierigkeiten ist es etwas Neues wenn Menschen mit Lernschwierigkeiten in der Gemeinschaft leben. Manche Personen ohne Lernschwierigkeiten tun sich schwer oder haben Angst vor der Veränderung und dem Neuen und sind dann oft unsicher. Manche Personen sagen auch, du kannst nicht alleine wohnen, das geht nicht, das schaffst du nicht. Aber viele Staunen auch, dass es geht und funktioniert. Viele Leute finden es gut.“

Oswald Föllerer: Landeshauptmann Erwin Pröll sollte hier sein und sich für seine Aussagen zur Barrierefreiheit entschuldigen.³

Marianne Schulze: Wir versuchen hier und heute auf grundlegende Themen einzugehen, nicht auf einzelne Personen.

Andreas Zehetner, Lebenshilfe NÖ: Eine Ankündigung der Lebenshilfe: am 8. Mai 2015 findet in Wiener Neustadt ein Pressefrühstück statt – Hauptthema Bewusstseinsbildung und Barrierefreiheit. Barrierefreiheit ist so wichtig wie ein Bissen Brot.

Harald Ellbogen: Es ist wichtig, dabei auch medizinische Barrierefreiheit zu thematisieren.

Anna Maria Hosenseidl, behindertenarbeit.at: Wenn man nicht genügend Assistenz hat, kann man nicht selbstständig leben. Das Pflegegeld wird nie ausreichend sein, um die Assistenz zu bezahlen. Wichtig ist, dass das Assistenz-Modell so gestaltet wird, dass es keine Ungleichheit verursacht. Ich arbeite seit 30 Jahren in dem Bereich, es hat sich kaum etwas geändert, eher passiert derzeit eine Verschlechterung.

Christoph Dirnbacher, WAG: Es geht nicht um die Entwicklung Persönliche Assistenz – leider gilt es eher, Verschlechterungen abzuwehren (v.a. in NÖ und OÖ). De-Institutionalisierung ohne Mittel wird nicht funktionieren. Es geht darum, Finanzströme umzulenken, nicht etwas abzuwacken oder wegzunehmen.

Bettina Platzer: Ich bekomme meine 80 Stunden Assistenz im Monat bezahlt, und die brauche ich auch.

³ Zu den Hintergründen siehe unter anderem: Kurier, „Rüffel“ für Pröll nach Aussagen zur Barrierefreiheit, Kurier, 2. März 2015: <http://kurier.at/chronik/niederosterreich/pressestunde-rueffel-fuer-proell-nach-aussagen-zur-barrierefreiheit/117.145.263>.

Gerhard Lichtenauer: Es sollte eine genaue Definition des Begriffs „Gemeindenaher Dienste“ geben. „Community based“ in der Konvention⁴ wird oft missverständlich interpretiert als rein räumliche Nähe. Z.B. in Tirol wird dies so ausgelegt, dass ‚kleinere Einheiten‘ bei den Gemeinden gebaut werden. Es sollen aber nicht große Heime in Miniheime umgebaut werden.

Christina Hendl erzählt von einem Mann, der nach der Pensionierung in ein Pflegeheim kam. Es ist falsch, dass er dort ist, da er dort nicht hingehört. Er wurde dorthin abgeschoben, weil keine familiäre Unterstützung da ist. Leute dort entwickeln sich zurück und nicht nach vor.

Maria Schwarr: Wenn man einen Pflegeplatz bekommt, das kostet viel Geld, das Geld kommt aus dem Pflegefonds.

Marianne Schulze: Über Pflegeheime sollte man grundsätzlich diskutieren, aber dies sprengt die Zuständigkeit des Ausschusses.

Johann Stadler: Es braucht Assistenten für Menschen mit Lernschwierigkeiten – für die unterschiedlichen Tätigkeiten. Ich bin selbst Botschafter der Inklusion in der Steiermark. Habe die Ausbildung gemacht – bin nun im steirischen Monitoring-Ausschuss. Auf der Universität mache ich Vorlesungen: ich erzähle aus meinem Leben mit einer Power-Point-Präsentation. Meine Assistentin unterstützt mich dabei.

Sandra Seiwald, steirischer Monitoringausschuss: Im Zug bei der Herfahrt habe ich ein Erlebnis gehabt, wie eine Großmutter dem Enkel erklärt hat, dass blinde Menschen am besten in Sonderschulen unterrichtet werden. Das zeigt, dass viele Menschen, die jetzt die Gesetze machen, Inklusion nie erlebt haben und daher keine Ahnung haben, was Inklusion ist. Es braucht mehr Bewusstseinsbildung. Auch im Rahmen der De-Institutionalisierungsdebatte ist das wichtig, denn derzeit haben Menschen Mitleid und Angst. Man soll die Menschen nicht bemitleiden.

Markus Fritsch regt an, der Monitoringausschuss des Bundes möge dem oö Landes-Ausschuss mehr Unterstützung und Anleitung zukommen lassen.

Marianne Schulze: Die Länder-Ausschüsse sind unabhängig; der Bundes-Monitoringausschuss ist überwiegend ehrenamtlich tätig, und kann derzeit nicht auch in den Bundesländern unterstützend tätig sein.

Günther Trübswasser: Als Mitglied des OÖ Ausschusses bin ich über jede Unterstützung des oö Landes-Monitoringausschusses froh. Die Arbeitsbedingungen auf Bundesebene sind zwar auch nicht ideal. In Oberösterreich sind die Bedingungen derzeit sehr schlecht. Und es gibt keine Mittel für eine öffentliche Sitzung in OÖ. Die Vorsitzende, zugleich für allgemeine Gleichbehandlung zuständig, hat für beide Aufgabenbereiche eine einzige Mitarbeiterin, die Schreibkraft ist, und muss sonst alles selber machen. Wir befinden uns in einem System, das sehr schwerfällig ist – ich bin aber zuversichtlich, dass es besser wird, wir arbeiten daran.

Tamara Grundstein, SLIÖ: Ich rege an, den Begriff Re-Institutionalisierung zu diskutieren. Es gibt eine Tendenz zur Re-Institutionalisierung, dass mehr Menschen

⁴ Siehe dazu insbesondere Artikel 19 lit. b: „...Menschen mit Behinderungen [sollen] Zugang zu einer Reihe von häuslichen, institutionellen und anderen gemeindenahen Unterstützungsdiensten haben, einschließlich der Persönlichen Assistenz, die zur Unterstützung des Lebens in und der Teilhabe an der Gemeinschaft sowie zur Verhütung von Isolation und Absonderung von der Gemeinschaft notwendig ist...“
Siehe auch Artikel 24 zu Bildung.

wieder in Heime kommen – vor allem, wenn die Behinderung fortschreitet. Es sind viel zu wenige Ambulanzen vorhanden. In den Augen der Landespolitiker haben Menschen, die eine erworbene Behinderung haben, keinen Anspruch auf Assistenz. Es gibt auch, wenn die Altersgrenze überschritten wird, keine Assistenz mehr, dann wird man zum Pflegefall. Es gibt spezielle Behindertenstationen in den Pflegeheimen, wo gemeint wird, dass „optimal betreut“ wird.

Günther Leitner: Ich freue mich, weil ich auf der Universität studiere und mit Dozenten arbeite.

Anna Maria Hosenseidl: Um Institutionalisierung abzuschaffen, braucht es auch die Änderungen in den Gesetzen – wie Altersklauseln, Einkommensklauseln. Die sogenannte Behindertenhilfe sollte aus der Sozialgesetzgebung herausgenommen werden. Es gibt zwei Studien über Persönliche Assistenz in Wien, wo diese positiv bewertet wird.

Marlies Neumüller, Caritas: Ich spreche aus eigener Erfahrung. Wenn man die Finanzierung zwischen den Bundesländern vergleicht, ist Persönliche Assistenz sehr intransparent. Man weiß nicht, wer wofür was erhält. Gefühlsmäßig wäre genug Geld im System, um alle möglichen Unterstützungsformen zu ermöglichen, auch Arbeitgebermodelle. Diese Informationen müssen öffentlich gemacht werden. Es gibt verschiedene Sätze in den einzelnen Bundesländern. Die Bundesländer machen keine Bedarfserhebungen, welche Dienste gebraucht werden.

Petra Flieger: Eine allgemeine Anmerkung: Welche Widerstände und Barrieren gibt es betreffend De-Institutionalisierung: Das Bewusstsein in der Bevölkerung ist nicht entwickelt, es gilt als selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderungen in speziellen Wohnheimen leben und in speziellen Werkstätten arbeiten. Zudem gibt es viele Widerstände zur De-Institutionalisierung auch von Personal und Angehörigen, die können sich das am allerwenigstens vorstellen. Es wird Menschen mit Behinderungen nicht zugetraut, dass sie alleine leben und arbeiten können. Die Information für Menschen mit Behinderungen ist nicht ausreichend. Es gehört viel Bewusstseins- und Bildungsarbeit geleistet. Auch bei den PolitikerInnen. Generelles Problem ist sicher der Föderalismus. Alles muss in jedem Bundesland einzeln durchgekämpft werden. Noch eine Anmerkung zu Wohnprojekten in Altersheimen – das Modell „Wohnen auf dem Altersheim“ – das ist bedenklich.

Christina Wurzinger: Zum Thema Finanzierung – oftmals hört man, dass De-Institutionalisierung sehr teuer ist. In Finnland wurde in einer Studie verglichen – Betreuung in Institutionen oder in der Gemeinschaft: In der Gemeinschaft ist die Betreuung teurer, aber das Wohnen billiger. Wichtig ist, dass die Lebensqualität steigt – und die Menschen gesünder leben, was eine Senkung der Gesundheitskosten zur Folge hat. In Summe ist gemeindenahe Betreuung kostengünstiger als in Institutionen.

Marianne Schulze unterstreicht dies, der Wiener Landesrechnungshof ist zu ähnlichen Ergebnissen gekommen.⁵

Gunther Trübswasser: Es ist schwierig, dass sich politisch Verantwortliche nicht vorstellen können, dass De-Institutionalisierung möglich ist. Alleine mit Kosten kann man es nicht begründen. Es werden Heime ausgebaut und gleichzeitig wird von

⁵ Siehe dazu die Verweise in der Stellungnahme Persönliche Assistenz:

http://monitoringausschuss.at/download/oeffentliche-sitzungen/persoенliche-assistenz/MA_SN_persoенliche_assistenz_final.pdf.

Selbstbestimmt Leben geredet. Derzeit haben wir Doppelgleisigkeit – beide System parallel ist sicher das Teuerste und für die Betroffenen das Unbefriedigendste. Wenn wir uns in Österreich für die UN-Konvention entschieden haben – dann sollten wir das wirkungsvollste System haben, außerhalb von Institutionen.

Georg Steiniger: Wesentlich am Thema Partizipation ist der Abbau von baulichen Barrieren, z.B. in allen Bereichen der Freizeit wie Lokale, Theater. Das Schlichtungsverfahren ist auch ein Instrumentarium. Schlüssel ist die Persönliche Assistenz – es gibt immer noch keine bundesweit einheitlichen Regelungen. Es braucht Assistenz für alle Menschen mit den unterschiedlichen Behinderungsarten.

Bettina Platzer: Ich arbeite und bekomme Assistenz und habe mein Leben in der Hand, auch die Wohnung. Und ich mache auch viele Vorträge in Schulen und es gibt viel Nachfrage danach.

Anton Blitzstein: Ich lebe unter der Mindestsicherung und bekomme keinen Mobilpass. Das betrifft mich persönlich, und ich empfinde das als ungerecht.

Marianne Schulze bittet, dass Einzelanliegen nach der Sitzung besprochen werden.

Oswald Föllerer: Ich bin seit Jahren bei der Sitzung im BMASK zur Vereinheitlichung der Persönlichen Assistenz dabei, aber es wird immer noch nicht umgesetzt, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten Assistenz bekommen. Das ist arg, dass man immer noch warten muss.

Bernadette Feuerstein: Dies betrifft alle Menschen, die auf eine bundeseinheitliche Lösung warten. Die Arbeitsgruppe im Sozialministerium liegt seit zwei Jahren auf Eis.

Petra Plicka fasst die Wortmeldungen in Leichter Sprache und mit Zeichnungen zusammen.

Jürgen Artner-Rauch: Es ist wichtig dass man sich mit etwas beschäftigen kann und sich auch wirklich treffen kann, nach der Arbeit. Man will sich in der Freizeit tatsächlich treffen und nicht nur über den Computer.

Iris Grasel, Caritas Lanzendorf: Ich bin mit einer Freundin ins Spital mitgegangen, die sich verletzt hat – und sie wurde in die Psychiatrie geschickt. Dort wurde sie sehr schlecht behandelt. Eigentlich sollten alle Menschen, z.B. ÄrztInnen, geschult werden, wie man mit Menschen mit Behinderungen umgeht. Man kann nicht einfach immer Leute ruhigstellen und ins Zimmer schicken.

Tamara Grundstein: Wenn wir weg von der Objekt-Förderung gehen, hin zum Persönlichen Budget – das wäre wichtig für De-Institutionalisierung. Wenn es Persönliches Budget gibt, würde das die Angebote ändern.

Andreas Paukner, Selbstvertreter: Ich wohne seit 36 Jahren in einer Behinderten-einrichtung und möchte ausziehen. Ich habe ein Problem und weiß nicht, wie ich weiterkomme. Ich muss Mindestsicherung beantragen, damit ich eine eigene Wohnung bezahlen kann. Bei Wiener Wohnen hat man mir gesagt, dass ich keinen Anspruch auf eine barrierefreie Wohnung habe, weil ich schon in einem Heim wohne, das barrierefrei ist. Wichtig ist, dass bundeslandübergreifende eine für ganz Österreich einheitliche Lösung kommt.

Alexander Pagl, OÖ Monitoringausschuss: Es ist wichtig, dass man im persönlichen Umfeld bleiben kann und die Unterstützung bekommt, die man braucht, und Wahlmöglichkeiten hat.

Heidi Pletzenauer: Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen werden von der Pensionsversicherungsanstalt durch Begutachtung plötzlich anders medizinisch

eingestuft – müssen zurück auf den Arbeitsmarkt und verlieren die Betreuung. Das ist belastend, wenn sich der Gesundheitszustand nicht wirklich geändert hat.

Martin Ladstätter: Österreich geht in der De-Institutionalisierung planlos vor. Es gibt keine Informationen. Z.B. hat es 1,5 Jahre gebraucht, um drauf zu kommen, dass in Wien über 300 Personen in Pflegeheimen leben, die dort gar nicht hingehören. Es gibt schon Bundesländer, die Selbstbestimmtes Leben anbieten – das wird aber als Luxus angesehen, nicht als Regelfall, wie die UN-Konvention umgesetzt werden soll. Wir müssen heute feststellen, dass immer mehr Leute in Heime kommen, die Trendumkehr hat nicht stattgefunden.

Bettina Platzer: In der Steiermark ist etwas weitergegangen, aber sehr langsam.

Christoph Dirnbacher: Die Schwierigkeit liegt oft bei den ‚gutgemeinten‘ Sondereinrichtungen – von Sonderkindergarten bis zur Sonderseniorenheim, von der Wiege bis zur Bahre. Zentral ist, dass wir Menschen dort leben, wo wir leben wollen. Es ist immer noch nicht in den Köpfen angekommen! Ich wünsche dem Monitoring-Ausschuss alles Gute!

Gunther Trübswasser: Zum Thema „Sonder-“: Ab morgen gibt es in Oberösterreich in Gallneukirchen eine Landessonderausstellung mit dem Titel: „Hilfe. LebensRisiken LebensChancen“.⁶

Günther Leitner: Das Thema der heutigen Sitzung ist wichtig, und ich bedanke mich beim Ausschuss dafür.

Johann Stadler: In der Steiermark gibt es schon einige Integrationsklassen, auch Kindergärten. Und alle sind positiv überrascht, dass es gut geht.

Petra Plicka fasst in Leichter Sprache und mit Zeichnungen die bisherigen Wortmeldungen zusammen.

Marianne Schulze: Stellungnahmen zu dem Thema werden noch bis Ende Juni angenommen. Das Protokoll wird spätestens in drei Wochen online gehen. Die Vorsitzende dankt allen TeilnehmerInnen für die Zeit, die sie sich genommen haben, und für über 60 Wortmeldungen. Sie dankt den GebärdendolmetscherInnen Sabine Zeller und Markus Schmid, den SchriftdolmetscherInnen Peter Abel und Yvonne Lenzen, für die Induktionsschleife Alfred Sturma und den Saaltechnikern; den UnterstützerInnen von Sozialministerium und Sozialministeriumservice Katharina Hailzl, Kathrin Leodolter und Jennifer Bielitz, die die Logistik vor Ort bestritten haben, den MitarbeiterInnen des Büros Waltraud Palank-Ennsman und Wolfgang Iser für Vorbereitung und Unterstützung und den Mitgliedern, die ehrenamtlich an der Sitzung teilgenommen haben.

Nach einer letzten abschließenden Zusammenfassung in Leichter Sprache und Zeichenprotokoll dankt sie auch Petra Plicka für die Begleitung der Sitzung.

Gunther Trübswasser bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Marianne Schulze für die Sitzungsleitung.

⁶ Landesausstellung in Gallneukirchen: Bis 2. November 2015 im Diakonissenhaus Bethanien, Hauptstraße 3, 4210 Gallneukirchen, Tel. 0720/300305, siehe auch: <http://www.landesausstellung.com/besucherinfo/>.

Ende der Sitzung

Marianne Schulze (Vorsitzende)

Johanna Mang (Schriftführerin)